

Politischer Jahresbericht

Naher Osten 2008



Ramallah

Regionalbüro Arabischer Naher Osten, 2008

Von Joachim Paul

März 2009

Inhalt

Palästinensische Gebiete	3
Jordanien	4
Ägypten	5

Palästinensische Gebiete

Die politische Situation in den Projektgebieten hat wenig positive Entwicklung zu verzeichnen. Im Gegenteil, als kurz vor Ende des Jahres der Gaza Krieg begann, war dies der negative Höhepunkt einer langen Reihe negativer Ereignisse.

Der politische Verhandlungsprozess zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde PA/ PLO und der israelischen Regierung ist in einer Sackgasse. In 2008 wurden keine Verbesserungen auf dem Verhandlungsweg erreicht. Die Palästinensischen Gebiete sind seit der Machtübernahme durch Hamas im Juni 2007 weiterhin gespalten. Die Übergangsregierung der PA in der Westbank regiert seitdem ohne das Parlament, den Palästinensischen Legislativrat. Dieser kann nicht zusammentreten, weil 21 seiner gewählten Mitglieder in Israel inhaftiert sind und die beiden politischen Machtzentren Fatah und Hamas sich gegenseitig blockieren. Beide Organisationen verhindern eine politische Lösung, durch die der Legislativrat wieder handlungsfähig werden könnte. Fatah stellt sich gegen die Ernennung von stellvertretenden Hamas- Abgeordneten, um eine politische Mehrheit von Hamas zu verhindern. Hamas lässt keinen Kompromiss zu, um die PA Regierung nicht zu legitimieren. Die von Mahmoud Abbas 2007 einberufene Übergangsregierung aus unabhängigen Kräften mit dem ehemaligen Finanzminister Salam Fayyad an der Spitze regiert somit per Dekret. Salam Fayyad hat dementsprechend den Haushalt der PA für 2009 nicht dem Legislativrat vorgelegt, sondern Abgeordneten der Parteien, mit Ausnahme Hamas und Vertretern der Zivilgesellschaft in einer öffentlichen Sitzung präsentiert. Die PA agiert zwar nur in der Westbank, 20 Prozent ihres Budgets jedoch sind für Angestellte der Ministerien und öffentliche Institutionen in Gaza sowie der Stromversorgung in Gaza vorgesehen.

Im Gaza – Streifen übt Hamas mithilfe eigener Sicherheitskräfte und des Apparats der PA- Ministerien die Kontrolle aus. Nach der Machtübernahme durch Hamas 2007 schien sich die innere Sicherheitslage in Gaza zunächst zu verbessern. Die Herrschaft der Clans wurde von den Hamaskräften wenn auch nicht gebrochen, so doch eingeschränkt. Das Chaos der bewaffneten Gruppen, oft lose den Fatah- Gruppierungen zugehörig, schien sich zu verringern. Dies hat sich jedoch 2008 dramatisch ins Gegenteil verändert. Willkür, Kontrolle und gewaltsame interne Auseinandersetzungen prägen seitdem die Hamasherrschaft in Gaza. Anzeichen erharteten sich, dass die Hamasbewegung ihre organisatorische Homogenität verliert. Das Machtzentrum innerhalb der Bewegung scheint bei drei Gruppierungen zu liegen. Die pragmatische, an einer politischen Lösung interessierte Gruppe um Ismail Haniya in Gaza, die Exilgruppe um Khalid al-Masha'al in Syrien, die offensichtlich bei allen Entscheidungen der Gaza-Führung kontaktiert wird und die bewaffneten Kräfte. In der Debatte um politische Herrschaft in Gaza tauchte 2008 häufiger der Begriff der Salafisten auf. Gemeint sind ei-

nerseits bewaffnete Gruppen innerhalb des Hamas-Spektrum, die sich an einem diffusen jihadistischen Islamismus orientieren, andererseits Kräfte oder Persönlichkeiten innerhalb der politischen Hamas, die radikale gesellschaftspolitische Ziele zu verfolgen scheinen. Zu diesen gehört die Orientierung an der Sharia, einer stärkere Geschlechtertrennungen und 'Islamisierung' von Schulbildung. Sicherlich sind diese, von dem politischen Programm der Hamas abweichende Vorstellungen Randerscheinungen, deren Bedeutung von außen schwer zu analysieren ist. Auch wird der Gaza-Krieg neue Fakten und politische Neuorientierungen auf Seiten innerhalb des islamistischen Spektrums im Gaza-Streifen mit sich bringen. Deutlich ist jedoch, dass der Einsatz von willkürlicher Gewalt und Überwachung zu einer starken Einschüchterung der Bevölkerung geführt hat. Es bleibt zu hoffen, dass die politische Initiative zur Bildung einer Konsensregierung der PA nach dem Gaza-Krieg zu einem Ausgleich zwischen den politischen Gruppen führen wird, die diesen Trend zurückdrängt. Hamas' Interesse wird darin liegen, in der Westbank als politische Bewegung weiterhin existieren zu können. Dazu braucht die Bewegung den Kompromiss mit der PA in Ramallah, bei der auch die Frage der politischen Koordination zugesagter Hilfsgelder eine Rolle spielen wird.

Die Spaltung zwischen Gaza und der Westbank drückt sich nicht nur in der politischen Repräsentanz durch zwei gegensätzliche politische Bewegungen aus, sondern auch durch extreme Unterschiede auf der sozialen und ökonomischen Ebene. Während in der Westbank eine gewisse Stabilität einkehrt und von Ramallah langsam auf andere Städte ausstrahlt, befindet sich Gaza in einem Notzustand. Bereits vor dem Krieg hat die Blockade des Gaza-Streifens durch Israel die Versorgung von 1,4 Millionen Palästinensern zu einer humanitären Aufgabe gemacht. Der kommerzielle Warenverkehr wurde durch die Schließung der Checkpoints unterbunden. Die 2006 von der US-Außenministerin ausgehandelten Garantien des Warenverkehrs wurden mit der Machtübernahme der Hamas 2007 hinfällig. Mitte 2008 bezogen bereits 80% der Bevölkerung 2008 direkte Nahrungsmittelhilfe durch die humanitären Organisationen der Vereinten Nationen. Der Gaza-Streifen ist damit zu einem Katastrophengebiet geworden.

Diese Entwicklungen hat die Frage des Umgangs mit Hamas und weitergehend mit dem politischen Islam in den drei Projektländern eine noch stärkere politische Priorität verliehen. Politische Beobachter vermuten, dass mit der neuen US-Regierung ein vorsichtiger Politikwechsel möglich sein könnte.

Jordanien und Ägypten

Auch in Jordanien und Ägypten sind keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen. Das Königshaus in Jordanien übt seine politische Herrschaft auf autoritäre Weise aus. Trotz demokratischer Institutionen und Verfahren, stellen das Parlament, demokratisch organisierte Wahlen und Parteien

eher Fassaden als funktionierende Instrumente einer tatsächlichen Demokratie dar. Zwar fanden im haschemitischen Königreich im Vorjahr, 2007 Parlamentswahlen statt, doch das Wahlsystem „bewahrte“ das Königshaus vor politischen Überraschungen, so dass sich für den weiteren Entwicklungs- und Reformprozess keine neuen Perspektiven ergaben.

Die jordanische Regierung hat im April und Juni 2008 dem Parlament zwei neue Gesetze vorgelegt, die den Spielraum von NGOs und politischen Parteien weiter einschränken. Es handelt sich um eine Revision des am Anfang des Jahres vorgelegten Entwurfes des NGO-Gesetzes, sowie um ein Gesetz zur rechtlichen Verfassung von politischen Parteien. Das NGO-Gesetz stellt einen drastischen Rückschritt bei der Entwicklung von unabhängigen Organisationen der Zivilgesellschaft dar. Es gibt der Regierung die Möglichkeit, Arbeits- und Aktionspläne der NGOs anzufordern und zu autorisieren. Weiterhin müssen NGOs für die Annahme von Fördergeldern die Zustimmung der Regierung einholen. Die Schließung von NGOs durch die Regierung wird vereinfacht. Ebenso erlaubt das neue Gesetz der Regierung staatliche Beamte vorübergehend als NGO-Direktoren einzusetzen. Es erscheint eindeutig, dass die Regierung mit diesem Gesetz Kritiker und politische Gegner einschüchtern will. 2006 hatte sie bereits zwei der größten NGOs unter ihre direkte Kontrolle gebracht, die ‚Islamist Center Society‘ (ISC) und die ‚General Union of Voluntary Societies‘ (GUVS). Damals noch ohne die Rechtsgrundlage, die erst durch das neue Gesetz gegeben wurde. Das Gesetz wurde im Dezember erneut zur Diskussion ins Parlament eingebracht. Dazu hat sicherlich massiver Druck seitens der EU und der US-Regierung beigetragen. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form es umgesetzt wird.

Unter dem neuen Parteiengesetz wurden 24 der 38 registrierten politischen Parteien aufgelöst, nachdem sie ihren rechtlichen Status nicht gemäß des neuen Gesetzes geändert hatten. Vertreter der Parteien kritisierten die starren Anforderungen des Gesetzes und erklärten, dass die politischen Freiheiten stark eingeschränkt würden und politische Pluralität des Königreiches in Gefahr sei. Die größte politische Gruppierung in Jordanien, die Islamische Aktionsfront (IAF) gehört jedoch zu den 14 politischen Parteien, die sich unter dem neuen Gesetz registrieren konnten. Die IAF agiert als der politische Arm der Bewegung der Muslimbrüder. Sie unterhält enge Beziehungen zu Hamas und den ägyptischen Muslimbrüdern.

In Ägypten gibt es weiterhin zahlreiche Anzeichen für wirtschaftliche Schwierigkeiten und eine steigende Unzufriedenheit mit dem Mubarak-Regime, das dieser Entwicklung innenpolitisch mit zunehmenden Repressionen Herr zu werden versucht. An der staatlichen Unterdrückung oppositioneller Bewegungen, hauptsächlich der Muslimbrüder hat sich 2008 wenig geändert. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden zunehmend behindert und Kritiker offizieller Politik verhaftet. Innenpolitisch

befürchtet die Regierung steigende Sympathiebekundungen für Hamas und einen stärkeren Einfluss der Muslimbrüder nach dem Gaza-Krieg. Ägypten versucht zwar durch seine Rolle als Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern seinem außenpolitischen Bedeutungsverlust entgegen zu wirken, hat aber bisher noch wenig Erfolge erzielt. Der ägyptische Geheimdienstchef vermittelt seit 2004 in unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen mit den palästinensischen Fraktionen. Es scheint, dass eher die Türkei eine positive Vermittlerrolle einnehmen kann als Ägypten.